

Begnadigung und Amnestie: Freibrief für Machtmissbrauch und Straflosigkeit

Rodrigo Bustos Bottai, Geschäftsführer von Amnesty International Chile.

23.07.2026

Die Begnadigung von Angehörigen der Sicherheitskräfte, die wegen schwerer Menschenrechts-verletzungen sowohl während der Zeit der Diktatur als auch während der sozialen Unruhen verurteilt wurden, war ein Versprechen, das Kast schon während seines Präsidentschaftswahlkampfes abgegeben hatte. Hinzu kommt jetzt eine Initiative für die Amnestie von Angehörigen der Streitkräfte und der Sicherheits- und Ordnungsbehörden wegen ihres Vorgehens im Oktober 2019.

Es ist zunächst einmal wichtig, den Unterschied zwischen Begnadigung und Amnestie zu verstehen. Die Begnadigung ist eine Einzelfallentscheidung und muss von Fall zu Fall geprüft werden. Sie liegt ausschließlich in der Zuständigkeit des Präsidenten. Die Amnestie ist dagegen allgemeiner Natur und wird auf der Grundlage einer Gruppe von Fällen gewährt, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums stattgefunden haben und gemeinsame Merkmale aufweisen. Die Gewährung einer Amnestie liegt in der Zuständigkeit des Nationalkongresses.

In beiden Fällen, ob bei der Begnadigung oder der Amnestie, geht es um eine Entscheidung, die den umfassenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und den rechtskräftigen Urteilen der Gerichte zuwiderläuft, die die betreffenden Polizei- oder Militärangehörigen für schuldig befunden haben. Eine Begnadigung oder Amnestie zu gewähren würde bedeuten, dass jegliche strafrechtliche Verantwortung für die begangenen Taten entfällt, so schwerwiegend diese auch gewesen sein mögen.

Diejenigen, die diese Initiative vorantreiben, argumentieren, dass Sie die Angehörigen der Polizei und des Militärs bei der Erfüllung ihrer Pflichten unterstützen wollen. Aber die Taten, die den Gerichtsurteilen zugrunde liegen, sind das genaue Gegenteil, nämlich schwerwiegende Formen der Pflichtverletzung. Es geht hier um Morde, Folter, grausame Behandlungen, Verstümmelungen und sexuelle Gewalt, das heißt, um Verbrechen, die nicht zu den Aufgaben von Polizei und Militär gehören, sondern einen vollständigen Verrat an diesen darstellen.

Um es deutlich zu sagen: die möglichen Nutznießer dieser Initiativen sind nicht die Opfer einer willkürlichen Justiz. Es sind Staatsbedienstete, die man für schwerste - gerichtlich erwiesene - Verbrechen verurteilt hat, die durch keine Vorschrift gedeckt sind, die durch keine seriöse Institution oder Behörde verteidigt werden dürfen und für die kein Staat Amnestie gewähren darf.

Die Zahlen lügen nicht. Zwischen dem 18. Oktober 2019 und dem 31. März 2020 wurden 11.056 Anzeigen wegen Verletzung der Menschenrechte bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Lediglich in 1,9% dieser Fälle kam es zu einer Verurteilung*, woraus sich ein Bild struktureller Straflosigkeit ergibt.

Eine Amnestie oder Begnadigung in einem dieser Fälle zu gewähren, kommt einem Freibrief für die Polizist*innen und Streitkräfte gleich, der es ihnen erlauben würde, ohne Konsequenzen und Einschränkungen Gewalt auszuüben. Dass diejenigen, die schwere Straftaten begehen, schlicht und ergreifend auch dafür bestraft werden müssen, darf von niemanden in Frage gestellt werden, vor allem dann nicht, wenn von „harter Hand“ die Rede war oder die Sicherheitskrise für politische Zwecke instrumentalisiert wurde. Es darf keinen Raum für Begnadigungen oder Amnestie geben, wenn es um Gerechtigkeit und Menschenrechte geht.

Sowohl laut seiner Verfassung als auch nach dem Völkerrecht ist Chile klar dazu verpflichtet, schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, zu untersuchen, zu bestrafen und wiedergutzumachen. Diese Verpflichtungen sind nicht einfach politischer Natur. Sie leiten sich aus internationalen Verträgen ab, die von Chile ratifiziert wurden, sowie von der Rechtsprechung internationaler Gerichte.

Das internationale Menschenrecht stellt darüber hinaus eindeutig klar, dass bei bestimmten Taten wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder schweren Menschenrechtsverletzungen keine Amnestie oder Begnadigung gewährt werden kann.

Wenn der chilenische Staat die Begnadigung oder Amnestie zuließe, würde er gegen seine Verpflichtungen verstoßen, indem er sich selbst eine „großzügige Vergebung“ für die Wiederholung seiner Fehler erteilt. Dies würde völlig im Gegensatz zu internationalen Menschenrechtsstandards und sogar zur eigenen Verfassung stehen. Haben wir denn wirklich nichts aus einer der finstersten und grausamsten Zeit Chiles gelernt?

Zu diesen Vorschlägen kommen noch weitere hinzu, wie die Einrichtung eines „polizeilichen Wiedergutmachungsausschusses“. Dies wäre völlig unangemessen, da es sich bei den Verurteilten nicht um „Opfer“ handelt, sondern um Täter*innen, die schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Diejenigen, die tatsächlich Wiedergutmachung benötigen und schon seit Jahren darauf warten, sind die Familien der inhaftierten Verschwundenen und Hunderte Opfer, die im Rahmen der sozialen Unruhen Augenverletzungen oder Misshandlungen erlitten haben.

Es ist unstrittig, dass die *Carabineros de Chile* (Nationalpolizei Chiles) jede erforderliche Unterstützung benötigen, um Klarheit bezüglich der Regeln für die Anwendung von Gewalt zu erhalten, ebenso wie bessere Arbeitsbedingungen, eine spezifische Menschenrechtsbildung sowie die nötigen Maßnahmen, die die uneingeschränkte Einhaltung der Menschenrechte gewährleisten. Dies haben wir seit unserem Bericht *„Ojos sobre Chile“* (Augen auf Chile) wiederholt empfohlen. Das kann aber nicht bedeuten, dass man sich Regeln ausdenkt, die nur für Einige gelten. Die Verurteilung ehemaliger Militärangehöriger beruht auf rechtskräftigen Entscheidungen von Gerichten. Diese aufzuheben hätte Auswirkungen auf das Justizsystem des Landes und würde zu Straflosigkeit und Empörung führen.

Wir von Amnesty International hoffen, dass weder die Vorschläge für die Begnadigungen noch die für die Amnestie Erfolg haben werden, weil das einen eindeutigen Rückschritt bedeuten und zu Straflosigkeit führen würde, die weder der Präsident noch staatliche Autoritäten veranlassen sollten. Dies würde nur zu größerer Empörung auf Seiten der Opfer, der Angehörigen und der gesamten Bevölkerung Chiles führen und einen fruchtbaren Boden für Leugnung und Vergessen bereiten. Ein Land, das keine Erinnerung hat, neigt dazu, die Geschichte zu wiederholen.

*Zahlen der chilenischen Generalstaatsanwaltschaft, Oktober 2025.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe – verbindlich ist das Original:

<https://amnistia.cl/indulto-y-amnistia-cheque-en-blanco-para-abusos-e-impunidad/>